

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 25. Mai 1988

Blatt 984

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Dr. Swoboda wird neuer Planungsstadtrat (988/FS: 24.5.)

Kommunal/Lokal:

Häupl: Öko-Fonds darf nicht sterben (986/FS: 24.5.)

Ehrung verdienter Funktionäre des Wiener Gehörlosen-Sport-Clubs 1901 (987/FS: 24.5.)

Fast 18 Millionen für die Erhaltung von Wiens Flüssen und Bächen (989)

Kernstadt — Umland: Beziehungen verstärken (990)

Zilk: Ruhensbestimmungen fallen in Wien (991)

Grünflächen statt alter Kliniken beim AKH-Neubau (992)

Leiter der Versuchs- und Forschungsanstalt wurde Obersenatsrat (993)

Wien hat wieder mehr Einwohner (994)

Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“ (985, 997/998, 1005)

Wildes Plakatieren wird hoch besteuert (999)

Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat (999)

Fünf Jahre U-Bahn-Bau unter Stadtrat Johann Hatzl (1000-1003)

Raupen auf der Donauinsel (1004)

Leitschienenreparatur in der Wiener Westausfahrt (nur FS/24.5.)

Mode-Enquete im Rathaus (nur FS/24.5.)

Bezirke:

Neuer Flächenwidmungsplan für 1. Bezirk (989)

Sport:

Sportschilling zur Förderung der Nachwuchsarbeit (995/996)

Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“ (2)

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Der Regionaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa, Jo Erik ASVALL, meinte, es sei richtig gewesen, Wien zum Veranstaltungsort für diesen Kongreß zu machen. Die Stadt sei nicht nur geographisches Zentrum Europas, hier träfen auch die Achsen der verschiedenen Bereiche Europas zusammen. Und innerhalb Europas sei Wien auch geistiges und kulturelles Zentrum. Die Großstädte der Welt hätten sich bisher in erster Linie mit der Lösung von wirtschaftlichen und technischen Problemen befaßt. Nun müsse der Gesundheit oberste Priorität eingeräumt werden. Von der Initiative der europäischen Städte — 24 Städte, darunter auch Wien, nehmen als Projektstädte an dieser Gesundheitsinitiative teil — könnten auch Kommunen außerhalb Europas profitieren. Asvall forderte, daß Wohnbau, Bildung, Verkehr und Wirtschaft mit den Zielen der Gesundheitspolitik koordiniert werden müßten. Eine stärkere ökologische Orientierung sei notwendig. Das Gesundheitsprojekt sei auch wichtig für die soziale Integration an Europa, ergänzte Asvall.

Charles KOHLER, Stellvertretender Direktor für Umweltschutz und Gemeinden des Europarates, bezeichnete diesen Kongreß als neue Etappe in der Geschichte von Weltgesundheitsorganisation und Europarat. Er unterstrich, daß zu diesem Kongreß nicht nur die europäischen Mitglieder der Weltgesundheitsorganisation eingeladen wurden. Auch Nicht-Mitglieder des Europarates nehmen daran teil. Die Gesundheitspolitik müsse in der künftigen Politik eine dominierende Rolle einnehmen, forderte Kohler.

Gesundheitsminister Dr. Franz LÖSCHNAK sagte, Gesundheit könne heute nicht mehr allein Aufgabe des medizinischen Sektors sein, da Maßnahmen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen Einfluß auf die Gesundheit haben. Die Stadt sei sicher ein gutes Modell für die Wechselwirkungen zwischen Umwelt, Alltag und Wohlbefinden. Wollte man den Gesundheitszustand und die Lebensqualität der Menschen verbessern, müsse man an den komplexen Strukturen und Mechanismen des städtischen Lebensraumes ansetzen. Das Interesse der Bevölkerung an Gesundheitsfragen habe sich in den letzten Jahren verstärkt. Das zeigten die vielen Gesundheitsinitiativen, Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Dienstleistungsangebote, die sich vor allem im sozialen, Umwelt- und Gesundheitsbereich bildeten. Den richtigen Weg zu einer gesunden Stadt müsse jede Kommune für sich selbst finden, die internationalen Programme und Konzepte seien aber sicher eine wichtige Orientierungshilfe. Er hoffe, daß sich an diesem Kongreß das Interesse vieler anderer Städte des Landes kristallisieren werde, sagte Löschnak. (Forts. mgl.) and/gg

Bereits am 24. Mai 1988
über Fernschreiber ausgesendet!
Forts. von Blatt 980

Häupl: Öko-Fonds darf nicht sterben

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) „Der Öko-Fonds, als Finanzierungsinstrument betrieblicher Luftreinhaltepolitik, muß auch für die Zukunft gesichert werden“, erklärte am Dienstag Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Der Öko-Fonds habe in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet und auch für die allernächste Zukunft Projektförderungen beschlossen. Die finanzielle Dotierung dieses Öko-Fonds sei deshalb sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen absolut notwendig. „Es muß deshalb jeder Umweltkommunalpolitiker nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Öffnung des Öko-Fonds für kommunale Vorhaben unterstützen“, schloß Häupl. (Schluß) du/bs

Bereits am 24. Mai 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrung verdienter Funktionäre des Wiener Gehörlosen-Sport-Clubs 1901

Wien, 24.5. (RK-KOMMUNAL) Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte Dienstag nachmittag das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien an verdiente Funktionäre des Wiener Gehörlosen-Sport-Clubs 1901. Die Geehrten sind Hermine GUBI, Otto HLAWICZKA, Heinrich REICHEL sowie Emil SCHACHERL. (Schluß) du/bs

Bereits am 24. Mai 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

Dr. Swoboda wird neuer Planungsstadtrat

Ing. Karl Svoboda neuer SPÖ-Klubobmann

Wien, 24.5. (RK-POLITIK) Der Wiener Ausschuß der SPÖ designierte am Dienstag nachmittag mit 64 : 1 Stimmen den bisherigen Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA zum neuen Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal. Zu seinem Nachfolger als Klubobmann wählte der SPÖ-Klub mit 81 : 6 Stimmen Gemeinderat Ing. Karl SVOBODA.

Dies gab der Landesparteivorsitzende der Wiener SPÖ, Vizebürgermeister Hans MAYR, in einem Pressegespräch bekannt. Dr. Swoboda soll in der Sitzung des Gemeinderates am 22. Juni gewählt werden und damit die Nachfolge von Stadtrat Günther SALLABERGER antreten, der in das Zentralsekretariat der Bundes-SPÖ wechselt. Wie Mayr ferner mitteilte, wird der stellvertretende Wiener SPÖ-Klubobmann Gemeinderat Gerhard LUSTIG in Zukunft ebenfalls an den fraktionellen Sitzungen der Amtsführenden Stadträte teilnehmen, um die Zusammenarbeit zwischen SP-Stadtsenatsmitgliedern und Klub noch weiter zu intensivieren. (Schluß)
ger/bs

Bereits am 24. Mai 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neuer Flächenwidmungsplan für 1. Bezirk

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für die Innere Stadt wird in vier aufeinanderfolgenden Teilen überarbeitet und neu festgesetzt. Für das erste Teilgebiet mit dem Regierungs-, Burg- und Rathausviertel mit einer Fläche von 85 Hektar und rund 2.000 Einwohnern wurde der Entwurf für die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie der Festsetzung einer Schutzzone fertiggestellt. Der Entwurf liegt vom 26. Mai bis 23. Juni zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, auf.

Das Plangebiet wird von den Straßenzügen Messeplatz, Auerspergstraße, Landesgerichtsstraße, Universitätsstraße, Dr.-Karl-Lueger-Ring, Schreyvogelgasse, Teinfaltstraße, Freyung, Herrengasse, Michaelerplatz, Reitschulgasse, Habsburgergasse, Stallburggasse, Bräunerstraße, Augustinerstraße, Albertinaplatz, Hanuschgasse, Goethegasse, Opernring, Burgring, Babenbergerstraße, begrenzt. Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- Erhaltung der Nutzungsvielfalt
 - Widmungsmäßige Berücksichtigung des wertvollen Baubestandes
 - Berücksichtigung des charakteristischen Erscheinungsbildes durch differenzierte Festsetzung der Gebäudehöhen
 - Freihaltung von Höfen und Flächen zur Sicherung ihrer Ausgestaltung
 - Sicherung der öffentlichen Grünflächen und des wertvollen Baubestandes
 - Widmungsmäßige Vorsorge für den ruhenden Verkehr
 - Berücksichtigung und Vorsorge für Fußgängerverbindungen
 - Berücksichtigung von Grundflächen für öffentliche Zwecke.
- (Schluß) end/gg

Fast 18 Millionen für die Erhaltung von Wiens Flüssen und Bächen

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Für die laufenden Erhaltungsarbeiten an Wiener Bächen genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner letzten Sitzung 17.915.000 Schilling. Die Arbeiten werden heuer und auch noch in den kommenden zwei Jahren am Wienfluß, am Liesingbach, sowie an den Bächen des 14., 11. und 23. Bezirkes durchgeführt. (Schluß) du/bs

Kernstadt - Umland: Beziehungen verstärken

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Bei der 13. Sitzung des Raumordnungsausschusses des Österreichischen Städtebundes, die unter dem Vorsitz von Stadtrat Dr. Bruno WALLNÖFER, Innsbruck, in Graz abgehalten wurde, stand die Entwicklung „Kernstadt — Umland“ im Mittelpunkt der Beratungen. Diese Entwicklung ergibt sich daraus, daß in den größeren Städten mit einer starken Bevölkerungsabnahme zugunsten der Umlandgemeinden gerechnet werden muß. Es sollten daher sowohl die Beziehungen zwischen Kernstadt und Umland als auch die zwischengemeindliche Zusammenarbeit in Form verstärkter Regionalplanung verbessert werden.

Die gesetzlichen Grundlagen für entsprechende Planungsinstrumente seien zwar vorhanden, würden aber nicht angewendet. Die Landesregierungen sollten ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet wahrnehmen, aber auch die Gemeinden untereinander die verstärkte Kooperation suchen, stellte der Städtebund-Ausschuß fest. (Schluß) roh/bs

Zilk: Ruhensbestimmungen fallen in Wien

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Die in Wien derzeit noch geltenden Ruhensbestimmungen für Beamte sollen rasch wegfallen. Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK hat die Sozialistische Fraktion des Wiener Landtags aufgefordert, noch in dieser Woche einen Initiativantrag auf Wegfall der Ruhensbestimmungen für Beamte einzubringen. Damit könnten die Ruhensbestimmungen für Wiener Landesbeamte mit Wirkung vom 30. Juni 1988 aufgehoben werden. (Schluß) sei/gg

Grünflächen statt alter Kliniken beim AKH-Neubau

Gesundheitsstadtrat antwortet Bezirksvorsteher Schmied

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) „Die Befürchtungen des VP-Bezirksvorstehers für den 9. Bezirk, Wolfgang SCHMIED, daß nach Fertigstellung des neuen Allgemeinen Krankenhauses und nach Abbruch alter Klinikgebäude auf dem Gelände zwischen der Spitalgasse und dem Gürtel „das ganze Areal bis zum letzten Winkel voll bebaut“ wird, sind absolut unbegründet“. Das stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch zu Äußerungen des VP-Bezirksvorstehers im gestrigen „Kurier“ fest. „Es ist seit Jahren festgelegt, daß dort Grünflächen angelegt werden“.

Für die Gestaltung der Flächen gibt es schon lange ein Grünkonzept. Es müssen hier ja auch Ersatzpflanzungen für jene Bäume vorgenommen werden, die den Erweiterungsbauten Ost des neuen Allgemeinen Krankenhauses weichen mußten. „Das alles“, so Stacher, „müßte dem Herrn Bezirksvorsteher doch wohl bekannt sein. Seine Forderung nach Grünflächen ist wenig originell, da die Grüngestaltung schon seit Jahren Projektbestand ist.“ (Schluß) sc/bs

Leiter der Versuchs- und Forschungsanstalt wurde Obersenatsrat

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Dienstag dem Leiter der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien (MA 39), Senatsrat Prof. Dipl.-Ing. Dr. Paul SCHÜTZ, das Dekret über die Verleihung des Titels Obersenatsrat. (Schluß) ger/gg

Wien hat wieder mehr Einwohner

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Um den oft strapazierten Vergleich nochmals zu verwenden: Allein wenn man das Wiener Telefonbuch durchblättert, sieht man, wie viele Wiener/innen von Zuwanderern aus den Ländern der einstigen Monarchie abstammen. „Wien ist eine Stadt, die seit Jahrhunderten ihre Impulse durch den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern erhält und die daher weiterhin die Einwanderung fördern will“, betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. „Und alle, die unseren Gästen, unseren Gastarbeitern, nach wie vor ablehnend gegenüberstehen, sollte — wenn humane Argumente nicht greifen — zumindest eines überzeugen: Ohne Zuzug von Menschen aus anderen Ländern sähe Wiens Bevölkerungsbilanz nicht erfreulich aus.“

Wie die Bevölkerungsevidenz für Wien 1987 zeigt, gab es Ende 1987 1.506.201 Menschen mit Wohnsitz in Wien, darunter 1.380.012 Inländer und 126.189 Ausländer. Damit lebten um knapp 2.000 Menschen mehr in der Bundeshauptstadt als Ende 1986 (1.504.395 Menschen). Diese leichte Zunahme ist aber nur zu einem geringen Teil auf die Zuwanderung von Inländern zurückzuführen, weit mehr trägt die Zuwanderung von Ausländern zum Bevölkerungswachstum bei.

Mehr Erwachsene, aber weniger Kinder

Von 1986 auf 1987 gab es, wie die statistischen Daten zeigen, zwar mehr Erwachsene, aber weniger Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren. Hatte Wien Ende 1986 1.504.395 Einwohner, so waren es Ende 1987 1.506.201. Anders ist es bei den Kindern und Jugendlichen: 1986 gab es 81.331 Kinder von 0 bis 6 Jahren und 125.115 Kinder bzw. Jugendliche zwischen 6 und 15 Jahren, 1987 waren es 80.404 Kinder unter 6 Jahren und 123.114 6- bis 15jährige.

Personenstandsaufnahme: Nur 1.483.992 Menschen gaben Wien als ordentlichen Wohnsitz an

1987 wurde in Wien auch die Personenstandsaufnahme für die Finanzämter durchgeführt. Bei dieser Erhebung für die Ausstellung der Lohnsteuerkarten waren alle zu einem Haushalt gehörenden Personen mit Stichtag 10. Oktober 1987 in eine Haushaltsliste aufzunehmen. Verfügte eine Person über mehrere Wohnsitze, so mußte sie entscheiden, ob sie die gesamten Angaben auf der Haushaltsliste eintrug, oder ein Hinweis auf den Eintragungsort vermerkt wurde.

An der Personenstandsaufnahme in Wien nahmen insgesamt 1.509.852 Menschen teil. Dabei bezeichneten allerdings nur 1.483.992 Menschen Wien als Hauptwohnsitz, 25.860 Menschen gaben einen anderen ordentlichen Wohnsitz an. Obwohl bei dieser Personenstandserhebung mehr Menschen erfaßt wurden als mit der Bevölkerungsevidenz, gab es weniger Menschen mit hauptsächlichem ordentlichen Wohnsitz in Wien. Personen mit verschiedenen ordentlichen Wohnsitzen entscheiden sich je nach Anlaßfall und je nach den persönlichen Interessen einmal für den einen, einmal für den anderen ordentlichen Wohnsitz, wobei z. B. die Inanspruchnahme von Wohnbauförderungsmitteln die Entscheidung sehr stark mitbeeinflußt.

1. Juni: Erste Einbürgerungsfeier im Rathaus

Als deutliches Signal, wie wichtig Wien die neu eingebürgerten Wiener/innen (im vergangenen Jahr waren es rund 5.000) nimmt, wird es am Mittwoch, dem 1. Juni, um 14 Uhr im Festsaal des Rathauses erstmals eine Einbürgerungsfeier geben: Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadträtin Christine SCHIRMER werden dabei jene Menschen, denen heuer in Wien die Österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, begrüßen. Diese Einbürgerungsfeiern sollen in Zukunft regelmäßig durchgeführt werden, um den neuen Wienern zu bestätigen, wie wichtig und wertvoll sie für uns sind, und daß wir sie herzlich willkommen heißen. (Schluß) hrs/bs

Sportschilling zur Förderung der Nachwuchsarbeit

Wien, 25.5. (RK-SPORT) In einem Pressegespräch teilte Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Mittwoch mit, daß man seitens des Sportamtes mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. September 1988 und nach einem Beschluß des Wiener Gemeinderates für die Bestandnahme von städtischen Grundflächen für sportliche Zwecke einmal jährlich geringfügige Bestandzins und Pauschalbeträge einheben werde. „Dieser Sportschilling“, so Häupl, „soll den Vereinen in den verschiedensten Bereichen zugutekommen und vor allem zur weiteren Forcierung der Nachwuchsarbeit aufgewendet werden. Der Sportstadtrat betonte in diesem Zusammenhang, daß die einmalige Gebühr für den Trainingsbetrieb eingehoben wird, und daß alle Verbände und Vereine der Bundeshauptstadt ihren Meisterschaftsbetrieb sowie internationale Turniere oder Europacupveranstaltungen weiterhin kostenlos absolvieren können.

Häupl merkte an, daß der Bund für die Benützung seiner Bundessportzentren oder Hallen Stundentarife verlange, die weit über das Wiener Niveau hinausgehen.

Eine Erkenntnis der letzten Jahre war nämlich, daß in zunehmendem Maße auch aufgrund der eingetretenen gesellschaftlichen Wandlungen von der Benützung der reinen Ballspielfläche abgegangen wurde, und die Körper-sportausübung auf den Betrieb von Tennisanlagen in Frei- und Hallenbauweise und auf den Betrieb ganzer multifunktionaler Sporthallen abgestellt wurde. Dieser Bereich dient daher vordergründig kommerziellen Interessen und weniger den ideellen eines althergebrachten Sportvereines, womit die Einhebung eines Bestandzinses gerechtfertigt ist.

Die Stadt Wien verfügt über Turnsäle, Sportstätten, Sporthallen und über Bäder der MA 44 zur Sportausübung. Zur Mitbenützung werden derzeit rund 400 Turnsäle mit je 16 Stunden pro Woche überlassen, was bei 40 Schulwochen ca. 250.000 Mitbenützungsstunden ergibt. Allein die Betreuung durch die Schulwarte kostet der MA 56 jährlich 28 Millionen Schilling.

Von Kindergärten und den Wiener Städtischen Schulen wird selbstverständlich kein Erhaltungsbeitrag eingehoben.

Hingewiesen wurde auch darauf, daß das Sportamt ein Flächenausmaß von mehr als 3 Millionen Quadratmetern verwaltet, wobei für die Anmietung von Trainingsanlagen und deren Zurverfügungstellung an die Sportvereine mehr als 66 Millionen Schilling im Jahr bezahlt werden.

Die Einhebung eines Sportschillings einmal im Jahr bewirkt außerdem ganz Entscheidendes: eine verstärkte Förderung des vereinsabhängigen Amateursportes gegenüber dem kommerziellen, vereinsungebundenen Freizeitsport. „Wir werden bei der nunmehrigen Vergabe von Zeiten für Sporteinrichtungen nach diesen Kriterien vorgehen“, betonte Häupl.

Und es steht außer Frage, daß Vereine in Hinkunft nur noch jene Stunden beanspruchen werden, die sie aufgrund ihres Trainingsbetriebes und ihrer Mitglieder tatsächlich benötigen. Überprüfungen der letzten Jahre haben nämlich ergeben, daß die Auslastung von Trainingsstätten nicht immer den Vorstellungen des Sportamtes entsprach.

Dadurch wird ein ungleich größerer Kreis von sportinteressierten Personen in den Genuß einer regelmäßigen sportlichen Betätigung kommen.

Es wird mit Einnahmen in der Höhe von rund 2 Millionen Schilling gerechnet.

Vom 27. Mai bis 5. Juni: Erstmals Wiener Sportwochen

Unter der Devise „Zuschauen und mitmachen“ wird auf Initiative von Stadtrat Dr. Michael Häupl vom 27. Mai bis 5. Juni erstmals eine Wiener

Sportwoche durchgeführt. „Wir wollen in einem langfristigen Projekt die Bevölkerung wieder mehr für den Sport motivieren“, argumentierte Häupl.

Es ist also ein erster Versuch, bei dem Veranstaltungen in insgesamt 15 Sparten kostenlos zu besuchen sind — oder wo man eben selbst aktiv teilnehmen kann.

Den Auftakt der Sportwoche bilden der Prolog und der Start der Österreich-Rundfahrt auf der Donauinsel bzw. vor dem Wiener Rathaus, als Abschluß ist dann am 5. Juni die Zielankunft der 40. Jubiläumstour in der Hauptallee vorgesehen.

Das Programm der Wiener Sportwoche umfaßt Eis- und Asphaltstockschießen, die internationale Segelwoche mit Schnuppersegeln, Wett Rudern und Sportwandern.

Ferner sind zwei Fußballmeisterschaftsspiele der Wiener Liga eingebunden, ein Mattenhandball-Turnier, eine große Sport- und Wassersportshow im Stadthallenbad sowie Vorführungen in japanischen Sportarten. Alle Veranstaltungen sind kostenlos. Nähere Auskünfte erteilt das Sportamt unter Tel. 42 800, Klappen 2733, 2799 oder 3739.

Untersuchung „Sport und Freizeit“

Im Pressegespräch kündigte Dr. Häupl außerdem an, daß er eine Untersuchung über „Sport und Freizeit“ durchführen lassen werde, die einen umfassenden Aufschluß über die derzeitige Situation in der Bundeshauptstadt geben soll. Außerdem wird sich die Stadt Wien wieder um die Ausrichtung eines Europacup-Endspieles im Wiener Stadion bewerben. „Wir haben im Vorjahr allseits internationale Anerkennung gefunden“, so der Sportstadtrat. Gespräche mit dem ÖFB, der sich im Namen der Stadt Wien um ein EC-Finale bewerben soll, werden schon in den nächsten Tagen stattfinden. (Forts. mgl.) hof/gg

Forts. von Blatt 995

Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“ (1)

Von der Krankenversorgung zur umfassenden Gesundheitspolitik

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“ wurde Dienstag nachmittag in zwei Arbeitskreisen mit einer Reihe von Referaten und Fallstudien fortgesetzt. Der Koordinator des WHO-Projekts „Gesunde Städte“ für Wien, Dipl.-Ing. Dr. Hannes SCHMIDL, sprach über „Gesundheitspolitik und das Projekt Gesunde Städte in Wien“. Die Teilnahme an diesem WHO-Projekt beinhaltet die Verpflichtung der Stadt Wien, die Grundsätze der Weltgesundheitsorganisation für die konkrete Situation Wiens zu formulieren und sie in der Kommunalpolitik zur Geltung zu bringen. Der Leitgedanke sei dabei der Übergang von der Krankenversorgung zu einer umfassenden Gesundheitspolitik.

Noch im Herbst werde, so Schmidl, eine Deklaration zur Gesundheitspolitik in Wien ausgearbeitet und dann dem Gemeinderat vorgelegt werden. Im Zuge dieser Vorlage werde eine breite Diskussion angestrebt — und in der Folge eine politisch abgestimmte Grundlage für neue gesundheitsbezogene Aktivitäten.

Für die umfassende Gesundheitspolitik in Wien sei es notwendig, erklärte Dr. Schmidl, das Gesundheitswesen bedürfnisorientiert zu gestalten, das heißt, für wechselnde Anforderungen flexibler zu orientieren. Der Kernpunkt liege dabei in der Finanzierung der gesundheitsorientierten Maßnahmen. Momentan sei die Finanzierung im österreichischen Gesundheitswesen zersplittert. Verschiedene Kostenträger wirken oft mehr nebeneinander als miteinander. Das Gesundheitswesen müsse ent-institutionalisiert werden, und das bedeute: Verlagerung vom Spital in den ambulanten Bereich, Verlagerung vom ambulanten Bereich in Richtung Vorsorge und schließlich — als Grundlage des ganzen — aktive Bewahrung und Förderung der Gesundheit in allen relevanten Lebensbereichen.

Ein Beispiel für Ent-Institutionalisierung sei in Wien die Arbeit im Behindertenbereich. Hier sollen — dezentral je nach Behinderung — speziell betreute Wohnungen geschaffen werden, anstatt Behindertenheime zu bauen. Konkret sollen bis 1992 neben dem normalen Behindertenprogramm im Rahmen des kommunalen Wohnbaus 1.000 solcher Wohnungen geschaffen werden.

Dieser Zielvorstellung müsse auch die finanzielle und informelle Struktur des Gesundheitswesens besser entsprechen. Es sollte daher das gegenwärtig wichtigste Instrument der Krankenhausfinanzierung, der österreichweit verantwortliche Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, schrittweise in einen Gesundheitsfonds umgewandelt werden. Ein erster Schritt in dieser Richtung werde, nicht zuletzt auf Initiative der Stadt Wien, in den nächsten Tagen vom österreichischen Parlament beschlossen werden: Die drei Jahre geltende Vereinbarung über die Spitalsfinanzierung beinhaltet nun die Verpflichtung, mindestens 10 Prozent der Gelder des Fonds für Strukturveränderungsmaßnahmen zu verwenden. Das bedeutet, daß erhebliche Geldmittel zweckgebunden für Projekte zur Entlastung des Akutbereichs der Spitäler verwendet werden müssen.

In Wien gebe es seit kurzer Zeit einige Ansätze zur Veränderung der starren Trennung zwischen den verschiedenen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung: Ärzte, die in einer Gemeinschaftspraxis zusammenarbeiten und teilweise die soziale Versorgung, aber auch Initiativen zur Nachbarschaftshilfe in die Betreuung miteinbeziehen.

Institutionell erscheine vor allem eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Hausärzten und den in den letzten Jahren stark ausgebauten sozialen Diensten notwendig. Die Stadt Wien plane auch Modellversuche in verschiedenen Bezirken zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Spitälern, Ärzten und sozialen Diensten.

Ein weiteres wichtiges Unterfangen sei die Einbeziehung von Selbsthilfegruppen. Es sei ein eigenes Zentrum für diese Gruppen geschaffen worden, und seine Aktivitäten sollten weiter ausgebaut werden.

Die Teilnahme und Mitarbeit Wiens am Projekt „Gesunde Städte“ des Regionalbüros der WHO für Europa erscheine besonders wichtig, weil es der Stadt Wien helfe, den verschiedenen gesundheitsbezogenen Reformaktivitäten eine Zielrichtung zu geben, die auf internationalen Erfahrungen beruht und eine breite Zustimmung ermöglicht.

Senatsrat Dipl.-Ing. Dr. Friedrich SCHMID, Vorstandsdirektor der Wiener Bundesstraßen AG, berichtete über „Das Wiener Modell — eine neue problemorientierte Verfahrenstechnik für die Lösung komplexer Planungsaufgaben“. Dieses Wiener Modell sei nicht aus der Theorie abgeleitet worden, sondern an einem konkreten Projekt gewachsen: der Planung und Realisierung des verbesserten Hochwasserschutzes in Wien.

Diese problemorientierte Verfahrenstechnik unter Einbeziehung der Öffentlichkeit sei auch bei der „Projektorganisation Gürtel, Süd- und Westeinfahrt“ angewendet worden und erscheine gut geeignet für die einvernehmliche Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, aber auch für die Formulierung beziehungsweise die Überprüfung gesellschaftspolitischer Grundsätze.

Ein wesentliches Moment des Wiener Modells sei die Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozeß. Bei der Erarbeitung des Entwicklungsprogramms Gürtel, Süd- und Westeinfahrt sei von Beginn an eine möglichst umfassende Offenheit des Verfahrens angestrebt worden.

Die mittel- und unmittelbar betroffene Bevölkerung sowie Betriebsinhaber konnten sich zu den zur Diskussion gestellten Maßnahmen äußern. In mehreren Veranstaltungen auf Bezirksebene und im Rahmen von Ausstellungen konnten Vor- und Nachteile möglicher Maßnahmen mit Vertretern der Projektorganisation diskutiert werden.

Insgesamt kamen rund 8.500 auswertbare Vorschläge zu den verschiedenen Sachbereichen. Zwei Drittel aller Hinweise betrafen die Straßenplanung und den Straßenbau sowie die Verkehrsorganisation, den öffentlichen Verkehr, aber auch die Stadterneuerung und den Umweltschutz; Bereiche also, in denen sich die Bürger bei Realisierung der Empfehlungen der „Gürtelkommission“ eine rasche, kostengünstige und wesentliche Verbesserung der Umweltverhältnisse erhoffen.

Den bisher vorgebrachten Anregungen aus der Bevölkerung konnte durch die Empfehlungen der Projektleitung weitgehend Rechnung getragen werden.

Dr. Alois MACHALEK, Leiter der Medizin-Meteorologischen Beratungsstelle des Wiener Gesundheitsamtes, befaßte sich mit den Wechselwirkungen im städtischen Raum, die zwar den Meteorologen, oft aber nicht den Planern vertraut sind. Die Regeln der Stadt- und Bauklimatologie müssen bei jeder einzelnen Baumaßnahme befolgt werden, forderte Machalek. Durch Fassadenbegrünungen und Dachgärten wird, so Dr. Machalek, wohl ein positiver Effekt auf die Menschen ausgeübt. Eine wesentliche Verringerung der Wärmebelastung wird allerdings nicht erreicht. Aus der Sicht Großbritanniens beleuchtete John PARKER das Gesundheitswesen, wobei er sich mit den Relationen zwischen Architektur, Wohnen und Gesundheit auseinandersetzte. Glyn THOMSON aus Liverpool referierte den Einfluß der Umwelt auf die Gesundheit. Ebenfalls um Wohnen, Architektur, Stadtplanung und Gesundheit ging es im Beitrag der französischen Stadtplanerin Jocelyn DEVEDJIAN. Olga BENNETT gab einen Überblick über eine neue Gesundheitspolitik in Dublin, und Helene COLAS referierte über Gesundheitsplanung und Management in der französischen Stadt Montpellier. Weitere Beiträge betrafen unter anderem Erfahrungen und Zielvorstellungen in Göteborg, Schweden (Keith BARNARD), die gesundheitsorientierte Kommunalpolitik in Stockholm (Elisabet ERWALL) und in Unna, BRD (Karl-Heinrich LANDWEHR). (Forts.) sc/and/gg/bs

Wildes Plakatieren wird hoch besteuert

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat beschloß Mittwoch eine neue Verordnung über die Wiener Ankündigungsabgabe, die — wenn der Gemeinderat kommenden Freitag zustimmt — mit 1. Juli 1988 in Kraft treten wird. Mit der Verordnung werden besondere Steuersätze für das wilde Plakatieren und für das Verteilen von Flugzetteln geschaffen.

Der neue Steuersatz für das wilde Plakatieren beträgt, unabhängig von der Dauer der Ankündigung, für Plakate bis zu 500 Stück 20.000 Schilling, für über 500 Stück 40.000 Schilling. Für öffentlich verteilte Flugzettel ist in Zukunft eine Abgabe pro Tag und Verteiler von 500 Schilling zu bezahlen. Die neuen Steuersätze entsprechen in etwa jenen Geldern, die bei Inanspruchnahme eines Gewerbeunternehmens für öffentliche Ankündigungen zu bezahlen wären. (Schluß) sei/gg

Am Freitag Wiener Landtag und Gemeinderat

Wiener Landtag beantragt Aufhebung der Ruhensbestimmungen

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Die drei im Wiener Landtag vertretenen Parteien werden in der kommenden Sitzung des Wiener Landtages, am Freitag, dem 27. Mai, unter anderem einen Initiativantrag zur Aufhebung der Ruhensbestimmungen für Wiener Landesbeamte einbringen. Weiters wird der Landtag den Drei-Parteien-Antrag über das Einfrieren der Wiener Politikerbezüge auf das Niveau des Vorjahres beschließen.

Die Sitzung des Landtages beginnt um 9 Uhr mit einer Fragestunde. Auf der Tagesordnung stehen die Novelle zur Pensionsordnung, eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, die Änderung des Wiener Bezügegesetzes und der Abschluß der Vereinbarung mit dem Bund, nach Art. 15 a der Bundesverfassung, über die Krankenanstaltenfinanzierung. Außerdem ist eine Mitteilung von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über die Wiener Spitäler vorgesehen.

Gemeinderat

Die Sitzung des Gemeinderates beginnt nach der Landtagssitzung, sie wird ebenfalls mit einer Fragestunde eingeleitet. Auf der Tagesordnung befinden sich insgesamt 86 Geschäftsstücke, darunter zahlreiche Änderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen sowie die Neuregelung der Bestandzinse und Benützungsentgelte für städtische Sportanlagen und die Verordnung über die Ausschreibung einer Abgabe von öffentlichen Ankündigungen. (Schluß) fk/gg

Fünf Jahre U-Bahn-Bau unter Stadtrat Johann Hatzl

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) 1983 wurde mit der zweiten Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes, mit den Linien U 3 und U 6 begonnen. Seither wurden 13 Milliarden Schilling in den U-Bahn-Bau investiert. Verkehrstadtrat Johann HATZL gab Mittwoch in einer Pressekonferenz einen Überblick über dieses Wiener Großprojekt.

Den hohen Stellenwert, den der weitere U-Bahn-Ausbau in der Wiener Kommunalpolitik einnimmt, dokumentiert auch die Steigerung der U-Bahn-Investitionen im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen der Stadt Wien. Lag dieser Anteil seit Beginn der U-Bahn-Arbeiten vor 20 Jahren bei durchschnittlich 20 Prozent, so konnte der U-Bahn-Anteil in den letzten fünf Jahren auf durchschnittlich 30 Prozent gesteigert werden. Der U-Bahn-Bau stellt damit die wichtigste verkehrspolitische, aber auch eine der bedeutendsten umweltpolitischen und eine der effektivsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Stadt Wien dar.

Sieben Eiffeltürme...

Beim Bau der Linien U 3 und U 6 wurden bis jetzt 1,730.000 Kubikmeter Erdreich ausgehoben und 660.000 Kubikmeter Beton wieder eingefüllt. Zum Vergleich: Das entspricht einer Lastwagenkette von Wien bis Paris, mit dem Aushub beladen, und in die Gegenrichtung einer genauso langen Kette von Betonmischfahrzeugen.

Weiters wurden bisher 50.000 Tonnen Stahl verbraucht — damit könnte man sieben Eiffeltürme errichten.

Insgesamt wurden bisher 7.800 Meter Tunnel in der „Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode“ (NÖT) errichtet, 16 Kilometer Gleise wurden schon verlegt.

110 Millionen Einsparungen beim U-Bahn-Bau

Der im Jahre 1979 im Zuge des Staatsvertrages zwischen dem Land Wien und dem Bund bezüglich des Schienenverbundprojektes abgesteckte Kostenrahmen für die Linien U 3 und U 6 stimmt — unter Berücksichtigung der in der Zwischenzeit eingetretenen Baupreiserhöhungen — auch heute noch.

Die begleitende Kostenkontrolle bei allen U-Bahn-Baulosen stellt dies sicher. Darüber hinaus können die ersten bauabschnittsweisen Abrechnungen der Rohbauarbeiten sowohl an der Linie U 3 als auch an der Linie U 6 erfreulicherweise Minderausgaben in der Höhe von insgesamt rund 110 Millionen Schilling ausweisen.

So konnten die Baukostensteigerungen voll aufgefangen werden. Darüber hinaus wurden Einsparungen von mehr als sechs Prozent der Auftragssummen erzielt. Dies ist vor allem durch eine exakte Detailplanung, Einarbeitung technischer Errungenschaften, Entfall von Eventualmassen sowie geringere Zusatzleistungen infolge exakter Koordinierung und Bauüberwachung erreicht werden.

Nur noch 17 Monate bis zur U 6

Nach der Eröffnung des letzten Teilstückes der U 1 vom Praterstern bis zum Zentrum Kagran am 3. September 1982 ist es nun in nicht ganz eineinhalb Jahren — Ende Oktober 1989 — wieder soweit: Die Wiener bekommen zehn Kilometer U-Bahn — nämlich die Linie U 6 von Heiligenstadt/Friedensbrücke bis zur Philadelphiabrücke — dazu.

Die Rohbauarbeiten an der zwei Kilometer langen unterirdischen Neubau-strecke von der Längenfeldgasse bis zur Philadelphiabrücke sind zum größten Teil abgeschlossen. Die Innenausbauarbeiten wie die Stations-

ausgestaltung, der Gleisbau und die elektrotechnische Ausrüstung laufen auf Hochtouren.

Ebenso sind die Adaptierungs- und Sanierungsarbeiten an der Gürtelstammstrecke von der Otto-Wagner-Brücke über das Wiental bis nach Heiligenstadt/Friedensbrücke voll im Gange. In allen elf Hoch- oder Tiefstationen der U 6 werden je zwei Personenaufzüge eingebaut. In sechs Stationen der Gürtelstammstrecke wurden diese Aufzüge schon in Betrieb genommen.

Abgesehen von der Trassenlage wird der moderne U-Bahn-Betrieb nicht viel mit der ehemaligen Stadtbahnstrecke gemein haben. Neben der Umstellung auf Rechtsbetrieb — übrigens der letzte Verkehrsbereich Österreichs, der noch nicht auf Rechtsbetrieb umgestellt ist — wird vor allem die Modernisierung der Stationen für ein entsprechendes U-Bahn-Flair sorgen. So wie bereits heute die Stadtbahn wird die U 6 mit den modernisierten Straßenbahngarnituren der Type E6/c6 befahren werden.

In drei Jahren fährt die U 3 von Erdberg zum Volkstheater

Die Rohbauarbeiten an der fünf Kilometer langen, mit neun Stationen und Verknüpfungen mit allen Linien des Grundnetzes versehenen Teilstrecke der U 3 von Erdberg bis zum Volkstheater sind zu 90 Prozent abgeschlossen.

Nur im Bereich des Bauabschnittes „Herrengasse“ läuft der Tunnelvortrieb noch, da auch in der zweiten Tunnelröhre unter dem Gebäude des niederösterreichischen Landesmuseums in 16 Meter Tiefe quecksilberkontaminiertes Erdreich angetroffen wurde. Die entsprechende Entsorgung wird derzeit vorbereitet.

Derzeit beginnen in allen Bereichen der Linie U 3 zwischen Erdberg und Volkstheater die Innenausbauarbeiten wie Gleisbau, elektrotechnische Ausrüstung, Stationsausgestaltung und anderes mehr. In den Bauabschnitten „Rochusgasse“ und „Landstraße“ sind diese Arbeiten schon am weitesten fortgeschritten.

Mitte nächsten Jahres wird bereits ein durchgehendes Überstellen von Silberpfeilen vom Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese über die Betriebsgleisverbindung U 3/U 4 am Julius-Raab-Platz bis zum Betriebsbahnhof Erdberg möglich sein.

Derzeit laufen in der Mariahilfer Straße die Rohbauarbeiten auf Hochtouren. Nach einem speziell entwickelten „Fleckerlteppich-Prinzip“ werden immer nur Teile der Mariahilfer Straße für Bauarbeiten beansprucht. Die Restflächen stehen dem Geschäftsleben zur Verfügung. Der Tunnel selbst wird in der sogenannten Deckelbaumethode von der Decke zur Sohle, also von oben nach unten gebaut. Damit können die Oberflächenstörungen auf das zeitliche Minimum reduziert werden.

Ein Herzstück der Linie U 3 ist der Bauabschnitt „Westbahnhof“. Die Probleme der Verknüpfung von U 3, U 6, ÖBB, Gürtel und Mariahilfer Straße mit den zahlreichen zubringenden Straßenbahn- und Buslinien müssen hier gelöst werden.

Derzeit wird in diesem Bauabschnitt im wesentlichen an den Rohbauarbeiten für die Linie U 6 — Schlitzwand- und Deckenherstellung — gearbeitet.

Im Bereich Goldschlagstraße wird das bestehende Stadtbahngewölbe derzeit abgebrochen, um einen Anschluß für die U 6 in Mittellage zur Stadtbahnstrecke Richtung Burggasse zu schaffen.

Mit 1. Juni erfolgt die Umstellung auf die zweite Bauphase, wobei die Fahrbahnen des Inneren Gürtels verschwenkt werden. Damit wird für die U 3 ein Teil der Baubereiche frei, mit der Schlitzwandherstellung kann begonnen werden.

Forts. von Blatt 1000

Forts. auf Blatt 1002

Die NÖT hat sich auch im Wiener Boden bewährt

Für alle Bereiche der U3 und U6, die in geschlossener Bauweise, also bergmännisch aufgeföhren wurden, kam eine für den innerstädtischen Bereich in Wien neue, wirtschaftliche Baumethode — die sogenannte NÖT („Neue Österreichische Tunnelbaumethode“) — zum Einsatz. Die von österreichischen Ingenieuren in den 50er Jahren ursprünglich für das „Aufföhren“ von Gebirgstunnel entwickelte Baumethode hat einen Siegeszug rund um die Welt angetreten und nun auch in Wien in der zweiten Ausbauphase den Schildvortrieb des Grundnetzes abgelöst. Bis heute wurden in Wien 7.800 Tunnelmeter mit der NÖT aufgeföhren. Die Entscheidung für die NÖT war richtig, denn die Vorteile dieser Baumethode wurden auch in Wien offenkundig: Die Sicherheit der über dem Tunnel situierten Bebauung konnte von den Verantwortlichen immer gewährleistet werden. In Kombination mit entsprechenden Bauhilfsmaßnahmen wie zum Beispiel der umweltschonenden „Bodenvereisung“ konnten in Wien sogar die Setzungen empfindlicher Gebäude auf sensationell niedrigen Werten gehalten werden. So betrug zum Beispiel die Differenzsetzung des Postgebäudes in Meidling (Niederhofstraße) nur vier Millimeter, die Setzungen des Kaufhauses Herzmansky in Mariahilf wurden auf sieben bis neun Millimeter beschränkt. Die hohe Flexibilität dieser Baumethode, die Tunnelquerschnitte von fünf Quadratmetern bis 125 Quadratmeter (also von Kanalgröße bis zur Größe eines vierstöckigen Hauses) erlaubt, bringt enorme Zeitvorteile und eine hohe Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Bodenverhältnisse.

8.000 Kontakte der „U-Bahn-Ombudsmänner“

Die seit Beginn der U-Bahn-Arbeiten auf jedem einzelnen Bauabschnitt eingesetzten Ombudsmänner können sich über mangelndes Interesse der Anrainer und Geschäftsleute nicht beklagen. Über 8.000 Wünsche, Beschwerden, Anregungen, Fragen etc. wurden in den letzten Jahren registriert. Dabei zeigten sich seitens der betroffenen Wienerinnen und Wiener große Offenheit und viel Verständnis für die schwierige Arbeit der U-Bahn-Bauer, die durch das Entgegenkommen und die Anteilnahme am Bauge-schehen oft sehr erleichtert wurde.

Die Magistratsabteilung 38 steht allen technischen interessierten Wienern jederzeit für kostenlose Baustellenführungen (ab 15 Personen) zur Verfügung. Bisher wurden schon rund 1.000 Führungen mit mehr als 24.000 Besuchern aus aller Welt organisiert (ohne Tag der offenen Tür!). Damit kann sich der Wiener U-Bahn-Bau schon fast als eine Wiener Attraktion bezeichnen.

Derzeit über 2.000 Beschäftigte beim U-Bahn-Bau

Obwohl sich in vielen Bereichen des U-Bahn-Baues derzeit die Arbeiten in einer Übergangsphase vom Rohbau zu den Innenausbauarbeiten befinden und der personalintensive Wagenbau für die U 3 erst vor dem Beginn steht, sind derzeit dennoch über 2.000 magistratsfremde Arbeitnehmer direkt auf den Baustellen beschäftigt.

Mit Beginn der Innenausbauarbeiten werden vermehrt Wiener Firmen und Wiener Arbeitskräfte ins Bauge-schehen involviert sein. Der U-Bahn-Bau wird so weiterhin nicht nur eine umweltverbessernde, sondern auch eine wirtschaftsbelebende und strukturelle Maßnahme darstellen.

45 neue „Silberpfeile“ gehen in Produktion

Die Bestellung von Wagenkästen für 45 neue U-Bahn-Doppeltriebwagen bei der Firma Simmering-Graz-Pauker AG hat der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung genehmigt. Die Gesamtkosten werden 726 Millionen Schilling betragen. Die neuen U-Bahn-Garnituren sind für die Linie U 3 bestimmt, die im Frühjahr 1991 ihren Betrieb von

Forts. von Blatt 1001

Forts. auf Blatt 1003

Erdberg bis zum Volkstheater aufnehmen wird. Zehn der neuen Doppeltriebwagen sollen noch 1989 fertig werden, 25 im Jahr 1990 und die restlichen zehn bis Mai 1991. Bei den nun vor der Fertigung stehenden U-Bahn-Garnituren handelt es sich um das Ergebnis jener Entwicklung, die mit der Erprobung von neun Prototypen seit dem Jahr 1986 eingeleitet wurde. Die neuen „Silberpfeile“ werden auf den letzten Stand der technischen Entwicklung sein, zahlreiche Verbesserungen wurden verwirklicht. Die äußere Form wird keine wesentliche Änderung erfahren, Verbesserungen gibt es aber auf dem Gebiet der Belüftung, der Elektronik, des Antriebes — wie berichtet, wird beim Bremsen eine teilweise Rückspeisung der Energie in die Stromschiene möglich sein — und der Lärmentwicklung. (Schluß) roh/gg/bs

Forts. von Blatt 1002

Raupen auf der Donauinsel

Wien, 25.5. (RK-LOKAL/KOMMUNAL) In den letzten Tagen und Wochen wurde in Teilen der Donauinsel an einzelnen Sträuchern vermehrter Raupenfraß beobachtet. Es handelt sich um Gespinstmottenraupen, die Jahr für Jahr an Spindelsträuchern aktiv werden.

Milde Winter, wie der vergangene, begünstigen das Auftreten dieser Schmetterlingsart. Nach der Verpuppung und anschließendem Ausflug der erwachsenen Motten im Juni treiben die betroffenen Sträucher neue Blätter aus und sind in der Lage, sich vollständig zu erholen.

Im Nordteil der Donauinsel lassen sich derzeit auch Goldafterraupen beobachten, die vornehmlich auf Weissdorn und Wildobst zu finden sind. Da es sich bei den gegenwärtigen Freßaktivitäten um keine echte Bedrohung handelt, ist eine Bekämpfung nicht erforderlich. Die natürlichen Kreisläufe im Ökosystem reichen bei weitem aus, um regulierend einzugreifen. Direkter Berührungskontakt mit den Borstenhaaren der Raupen kann bei sehr empfindlichen Personen Reizungen hervorrufen und sollte daher sicherheitshalber vermieden werden. Die MA 49 — Forstamt wird zur Information der Bevölkerung entsprechende Hinweistafeln anbringen. (Schluß) du/bs

Wiener Konferenz „Gesundheit in Städten“ (2)**Soziale Umwelt und Gesundheit**

Wien, 25.5. (RK-KOMMUNAL) Mit Beratungen in Arbeitskreisen „Soziale Umwelt und Gesundheit“ und „Informationserfordernisse für gesunde Städte“, wurde am Mittwoch vormittag der Kongreß „Gesundheit in Städten“ im Österreichischen Konferenzzentrum fortgesetzt.

Dr. Trevor HANCOCK, Konsulent für Volksgesundheit in Toronto, Kanada, sprach über Informations- und Kommunikationsbedarf in der Gesundheitspolitik. Vor allem sei es notwendig, knappe, übersichtliche Unterlagen für die Nutzer vorzubereiten, wobei elektronisch gespeicherte Daten auch Schulen, Kommunalverwaltungen oder Bibliotheken zur Verfügung gestellt werden sollten. Peter FLYNN aus Großbritannien stellte lokale Gesundheitsinformationssysteme und Indikatoren in Liverpool vor.

Mit einem ähnlichen Inhalt, „Daten- und Informationsnetzwerke in Barcelona, Gesunde Stadt“, setzte sich Eduardo SPAGNOLA aus Barcelona auseinander.

Risto POMOELL aus der finnischen 160.000-Einwohner-Stadt Turku berichtete über Informationssysteme für die Gesundheitsversorgung alter Menschen, Per HAGLIND aus Schweden über Informationssystem für Gesundheit und Umwelt in Göteborg, Dr. Dorothy R. KYLE aus Birmingham in Großbritannien gab einen Überblick über Voraussetzung und Chancen für eine gesundheitsorientierte Kommunalpolitik aufgrund eines im Jahre 1987 von den Gesundheitsbehörden der Stadt erarbeiteten „Spiegels der Gesundheit“ der Bevölkerung.

Dr. Stephan RUDAS, Chefarzt des Kuratoriums Psychosoziale Dienste der Stadt Wien, berichtete über Voraussetzungen für die psychosoziale Gesundheit der Bevölkerung beim Zusammenleben in der Stadt. Die Fähigkeit des Einzelnen, am urbanen Leben teilzunehmen, ist, so Rudas, ein wichtiger Indikator seelischer Gesundheit. Wichtig für den psychosozialen Gesundheitsschutz in Städten ist auch die entsprechende Gestaltung des Baugeschehens. Die psychosoziale Hygiene ist laut Rudas eine eminent politische (kommunalpolitische) Aufgabe.

Im Rahmen der Vorstellung von Einzelfallstudien sprachen Ruth FERRY (Paris) über Gesundheit in Metropolen und N. SALE über Architektur und Gesundheit, Josephine FARRINGTON aus Fulwood Preston in Großbritannien zeigte Ansätze für eine bessere emotionelle und physische Entwicklung der Kinder in Städten auf, Ivica TRUMBIC erläuterte, wie der Aktionsplan für das Mittelmeer des Umweltbüros der Vereinten Nationen für das Projekt „Gesundheit in Städten“ genutzt werden kann. Univ.-Prof. Dr. Bernd LÖTSCH stellte die Zersiedelung und Verdichtung aus ökologischer Sicht zur Diskussion. Er sagte, der Reiz des Urbanen habe trotz permanenter „Halbflucht“ der Städter („Zweitwohnsitz, Wochenend-Nomadismus“) nie seinen Reiz verloren. Als wünschenswert bezeichnete er Atrium- und Gartenhofhäuser, denn der Territorialität könne man nicht mehr unbegrenzt durch den Garten ums Haus genügen. „Sinnlose“ behördliche Vorschriften, wie strengt reglementierte Mindestabstände zwischen Haus und Zaun, müßten revidiert werden, damit nicht kleine Gärten zu wertlosen Streifen degradiert würden. Dem weiteren Bau freistehender „Häuschen im Grünen“ müsse mit allen Mitteln begegnet werden. Eine Überschreitung von vier bis fünf Geschossen im Wohnbau sei nicht sinnvoll, das Optimum liege in vielen Fällen bei zwei bis drei Stockwerken. (Schluß) and/gg

Forts. von Blatt 998